

III SALZKAMMERGUT IN KÜRZE

BAUVERFAHREN

Bürgerinitiative spricht von „Etappensieg“

WEYREGG. Interessante Entwicklung im Bauverfahren „Kirchendorf“: Von einem namentlich alderdings nicht genannten Sachverständigen sei laut Bürgerinitiative „Rettet das Kirchendorf“ bestätigt worden, dass der von

der Mondseer „Wohnzone“ geplante Apartmentkomplex im historischen Ortszentrum viel zu groß sei. Der derzeit geplante Gesamtbaukörper überschreite den von der Gemeinde erlassenen Bebauungsplan um rund 30 Prozent. Bürgerinitiative-Sprecher Nikolas Bracher: „Ein Etappensieg im Kampf gegen den grassierenden Bauwahn.“

FORSTWIRTSCHAFT

Der „Meister des Jahres“ kommt aus Zell am Moos

ZELL AM MOOS. Der Zeller Matthias Strobl wurde zum „Forstwirtschaftsmeister des Jahres OÖ“ gekürt. Die Meisterprüfung stellt den Abschluss einer intensiven zweijährigen Ausbildung an der Forstlichen Ausbildungsstätte in



Foto: Hohensinn

14 Hektar großen Forst, als Unternehmer und in der Ausbildung junger Berufskollegen. Verliehen

wurde die Auszeichnung von Landwirtschaftskammerpräsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger aus der Zeller Nachbargemeinde Innerschwand. Strobl bewirtschaftet seit seinem 20. Lebensjahr den elterlichen Landwirtschaftsbetrieb. Sein Wissen gibt er an Praktikanten weiter, denen er über das Fachliche hinaus auch die Liebe zum Wald vorlebt.

„Ein Kind kostet nur 60 Schilling Stempelgebühren“

Viele schwarze Besatzungskinder wurden in der Nachkriegszeit von den Jugendämtern zur Adoption ins Ausland freigegeben

VON RENÉ LAGLSTORFER

LINZ/SALZBURG/WIEN. Die Überraschung bei den Mitarbeitern des Jugendamts der Stadt Salzburg muss groß gewesen sein, als sie vor einigen Jahren eine E-Mail einer US-amerikanischen Anwältin erhielten. Deren Mandant, Martin Schneider*, wurde 1956 als uneheliches Kind einer Wienerin und eines schwarzen US-Besatzungssoldaten in Salzburg geboren.

Den Großteil seiner frühen Kindheit verbrachte Martin in einem staatlichen Kinderheim im Salzburger Stadtteil Taxham. Im Alter von sechs Jahren gab ihn die Jugendfürsorge einem afroamerikanischen Ehepaar zur Adoption frei, weshalb er in den USA aufwuchs. Dort wurde Martin viele Jahre später wegen eines Eigentumsdelikts zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Da er nie in den USA eingebürgert wurde, drohte ihm nach Abbußung seiner Strafe die Abschiebung in sein Geburtsland Österreich.

Gegen ihren Willen

Aus diesem Grund hoffte die US-Anwältin, in den Akten des Jugendamts der Stadt Salzburg Hinweise zu finden, wer Martins leiblicher Vater war. Denn wenn sich der Name des amerikanischen Soldaten nachweisen ließe, der Martin gezeugt hatte, dann hätte dieser ein Anrecht auf die US-Staatsbürgerschaft und könnte nicht abgeschoben werden. Doch der Akt verriet nur, dass Martins Vater „ein amerikanischer Neger-Soldat“ (sic!) gewesen sei, dessen Name die Mutter nicht nennen konnte – oder wollte. Die Strategie der Anwältin löste sich in Luft auf.

Das Schicksal von Martin und vielen weiteren dunkelhäutigen Besatzungskindern hat der Historiker Philipp Rohrbach in jahrelanger Arbeit erforscht. „Martin ist eines von etwa 400 schwarzen US-Besatzungskindern, die zwischen 1945 und 1956 in Österreich in ei-



„Das radikale Loswerden von schwarzen Kindern alliierter Soldaten war ein Versuch, das sichtbarste Erbe der Besatzung zu tilgen.“

Philipp Rohrbach, Historiker am Wiener Wiesenthal Institut (VWI)

ner post-nationalsozialistischen Gesellschaft geboren wurden. Diese definierte sich selbst als weiß und sprach diesen Kindern aufgrund ihrer Hautfarbe die Zugehörigkeit zu ihrem Geburtsland ab“, sagt der wissenschaftliche Mitarbeiter des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI), der gemeinsam mit der Historikerin Ingrid Bauer von der Universität Salzburg zu den Lebensläufen von Besatzungskindern forsch.

Wenig bekannt war bisher, dass viele dunkelhäutige Besatzungskinder – wohl initiiert und organisiert von österreichischen Jugendämtern – in die USA geflogen und dort adoptiert wurden – zum Teil gegen den Willen der Mütter, die unter großem finanziellen und gesellschaftlichen Druck standen. „Diese Frauen hatten mit vielen Vorurteilen zu kämpfen. In einer Art Generalverdacht wurde ihnen ein fragwürdiger Lebenswandel unterstellt, Unterstützung erhielten sie kaum“, sagt Bauer.

Mutter nach Geburt drangsaliert

Die zur Adoption freigegebenen Kinder alliierter Soldaten wurden alleine auf die Reise geschickt. Den Heim- und Pflegekindern unter ihnen – viele davon im Kleinkindalter – erzählten die Jugendbehörden vor ihrem Abflug offenbar, dass sie



Die zehn schwarzen Besatzungskinder des Salzburger Heims Schwaigmühle wurden 1964 von einem österreichisch-amerikanischen Ehepaar adoptiert und in die USA mitgenommen, wo sie aufwuchsen. Fotos: Sammlung Lost in Translation, privat



Der in Linz geborene Peter N. 1962 beim Radiohören mit der Uroma und Cousins sowie 20 Jahre später mit seiner Tochter



nun zu ihren Müttern gebracht würden. „Viele sagten, ihre Mutti würde sie abholen. Als sie ihren Irrtum bemerkten, waren sie oft verzweifelt. Manchmal musste ich schreiende Kinder übergeben“, sagt Trudy Jeremias. Die gebürtige Wienerin flüchtete mit 13 Jahren vor den Nazis in die USA und hatte später als Flugbegleiterin die Aufgabe, unbegleitete Kinder beim Flug über den Atlantik zu betreuen.

Viele alleinerziehende Mütter waren nach damaliger Gesetzeslage damit konfrontiert, dass ihre unehelichen Kinder bis zur Volljährigkeit Mündel der Jugendämter blieben. „Meine Mutter ist nach meiner Geburt ziemlich drangsaliert worden, mich zur Adoption freizugeben. Immer wieder sind sie gekommen und haben gesagt, das wäre doch viel gescheiter, das ist sowieso ein Wahnsinn, da aufzuwachsen“, sagt Peter N., der als Kind eines schwarzen US-Soldaten und einer 21-jährigen Oberöster-

reicherin 1954 in Linz zur Welt kam. Peters Mutter hielt dem Druck stand und er konnte behütet in Oberösterreich aufwachsen.

Für das aggressive Vorgehen gegenüber Müttern dunkelhäutiger Besatzungskinder dürften die damaligen Fürsorgebehörden nicht nur rassistische Motive, sondern auch finanzielle gehabt haben. „Da die Väter Teil der US-Besatzungsmacht waren, konnten sie vor österreichischen Gerichten nicht zur Vaterschaftszahlung herangezogen werden. Konnte eine Mutter für ihr Kind nicht aufkommen, mussten die Länder einspringen, was für sie eine Belastung des Sozialbudgets bedeutete“, sagt der Historiker Philipp Rohrbach.

300 Besatzungskinder adoptiert

Während Oberösterreich und Wien wegen der niedrigen Geburtenrate gegen Ende der Besatzungszeit verboten hatten, dass österreichische Kinder im Ausland zur Adoption

gelangten, setzte das Land Salzburg dies fort. Der Artikel „Ein Kind kostet nur 60 Schilling Stempelgebühren“ in der Zeitung „Bild-Telegraf“ berichtete im September 1955, dass das Jugendamt der Stadt Salzburg insgesamt rund 300 Besatzungskinder – sowohl weiße als auch schwarze – im Ausland zur Adoption brachte. „Das radikale Loswerden vor allem von schwarzen Kindern alliierter Soldaten kann – neben dem weitverbreiteten Rassismus in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft – auch als Versuch verstanden werden, das sichtbarste Erbe der Besatzungszeit zu tilgen“, sagt Rohrbach.

Davon betroffen war auch der eingangs erwähnte Martin Schneider. Er durfte am Ende doch nicht von den USA in sein Geburtsland Österreich abgeschoben werden, da er im Vietnam-Krieg in der US-Armee gedient hatte.

*Name von der Redaktion geändert